

Pinneberger Tageblatt

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEN KREIS PINNEBERG

04.12.2020

HEIZÖL

hoyer

Energie-Service Dägeling
0 48 21 / 40 72 20
www.hoyer-energie.de

WWW.PINNEBERGER-TAGEBLATT.DE

1 50

shz das medienhaus

Streit um weiße Flecken



RELLINGEN Der Rellingener Kirchturm wurde für etwa 200 000 Euro saniert. Allerdings sind dort jetzt große weiße Gipsflecken zu sehen – was unter anderem den Heimatverein erzürnt. **Seite 3**

Corona-Fälle im Kreis Pinneberg

Infizierte / Genesene
2667 (+42) / 2246 (+53)
Bisher in Klinik behandelt
253 (+3)
Tote
53 (0)
Infektionen pro 100 000
85,89 (Grenzwerte 35 / 50)

Noch ein Neuer für Rist Wedel



WEDEL Mit dem früheren slowenischen Jugendnationalspieler **Maksim Gorbachov** (20, Foto) haben die Basketballer des SC Rist Wedel einen weiteren Neuzugang für die 2. Bundesliga ProB verpflichtet. **Seite 25**

Mehr aus Hamburg

- > Hamburger Hafen: Umschlagprognose deutlich gesenkt **Seite 9**
- > Die Stadtplanung der Zukunft **Seite 9**
- > Stippvisite mit Tschentscher – Impfzentrum ist fast fertig **Seite 10**



Corona-Gefahr im Klassenraum: Sind Filter die Lösung?

RELLINGEN Über die erhöhte Infektionsgefahr in Klassenzimmern wird seit Beginn der Corona-Pandemie diskutiert. Luftfilteranlagen könnten die Lösung sein. An der Caspar-Voght-Schule in Rellingen werden derzeit vier dieser Filter getestet. Gestern war der Physiker **Christian Kähler** (Foto) von der Bundeswehruniversität München an der Schule. Er forscht seit Langem zu Luftströmen und Aerosolverteilung und ist ein Verfechter von Filteranlagen in Klassenräumen. **Seite 4**

FOTO: FELISA KOWALEWSKI

„Legal, aber nicht legitim“: Kritik am Landrat wächst

Bund der Steuerzahler erhebt schwere Vorwürfe / Oliver Stolz spricht von böswilliger Unterstellung

Von Philipp Dickersbach

KREIS PINNEBERG/KIEL Das Vorhaben von Landrat Oliver Stolz (parteilos), seinen Posten 24 Stunden länger behalten zu wollen, um so mutmaßlich das sogenannte Altersgeld und damit umfangreiche Pensionsansprüche zu erhalten, sorgt weiter für jede Menge Diskussionen. Nun hat sich der Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein auf Anfrage unserer Zeitung zu dem Thema geäußert. Geschäftsführer Rainer Kersten sparte nicht mit Kritik am Vorgehen von Stolz. Die dahinter stehende Änderung des Beamtenrechts bezeichnet er gar als widersinnig. Stolz betonte unterdessen, dass es keinerlei persönliche Vorteilsnahme gebe. Indirekt bestätigte er jedoch seine Intention.

Festzustehen scheint, dass Stolz sich mit der 24-Stunden-Weiterbeschäftigung bis

zum 2. Januar ein Sicherheitsnetz schafft. Sprich: Das Schlimmste, was dem scheidenden Landrat laut Kersten in finanzieller Hinsicht passieren kann, ist, dass es im Alter keinerlei Veränderungen gibt. Ob Stolz von seinem Vorgehen letztlich profitiere und

„Eine persönliche Vorteilsnahme ist nicht gegeben.“

Oliver Stolz
Landrat

wenn ja, wie stark, hänge maßgeblich damit zusammen, wie lange er in seinem künftigen Amt bleibe und wie hoch die Altersansprüche sind, die er damit erwirbt.

Kersten bezeichnete das Vorgehen von Stolz als „legal, aber nicht legitim“. Denn mit Stolz verlasse ein Spitzenbeamter das Beamtenverhältnis auf eigenen Wunsch, um eine

deutlich höher dotierte Position einzunehmen. Sich nun noch einen weiteren Vorteil sichern zu wollen, sei Rosinenpickerei. Der Ausstieg werde zusätzlich versüßt, so Kersten. „Das ist für uns nicht akzeptabel.“

Mit Blick auf die Privatwirtschaft betonte der Geschäftsführer: „Jeder, der einen Jobwechsel macht, geht ein Risiko ein.“ Stolz wolle dies allerdings nicht tun, so Kersten. Getreu dem Motto: Ich will die Vorteile haben, das Risiko aber nicht. Zum Verständnis: Stolz verdiente als Landrat zuletzt inklusive Nebeneinkünften rund 155 000 Euro, beim Sparkassen- und Giroverband, dessen Präsident Stolz wird, werden es zirka 355 000 Euro pro Jahr sein.

Was das Stolz-Vorgehen für den Kreis Pinneberg und damit für den Steuerzahler bedeutet, ist zwar unklar – eine Hausnummer kann Kersten

aber nennen. Im Bund gebe es die Regelung, die nun auch in Schleswig-Holstein in Kraft tritt, schon länger. Es habe sich gezeigt, dass ein Bundesbeamter, der in die freie Wirtschaft wechsele und das Altersgeld beanspruche, den Steuerzahler im Durchschnitt 150 000 Euro zusätzlich koste.

In einer gestern über den Sparkassen- und Giroverband verbreiteten Pressemitteilung bezeichnete Stolz Berichte über eine „angebliche Steigerung seiner Versorgungsbezüge durch eine Verlängerung seiner Amtszeit als Landrat“ als bedauerlich und missverständlich. Er betonte: „Eine persönliche Vorteilsnahme ist nicht gegeben, war zu keinem Zeitpunkt in den Verhandlungen geplant und wäre eine böswillige Unterstellung.“ Auf Nachfrage sprach Stolz schließlich von einer Optimierung der Versorgung. Wie er diese rechtfertigt: **Seite 7**

Maskenpflicht: Pinneberger befürworten sie

PINNEBERG Wird die Maskenpflicht in der Pinneberger Fußgängerzone von den Bürgern akzeptiert? Eine Umfrage unter Passanten kommt zu dem Ergebnis, dass die meisten Befragten sie für angebracht halten – auch die Kommunalpolitiker sehen das so. Wer seinen Mund-Nasen-Schutz nicht trägt, muss mit einem Bußgeld rechnen. **Seite 2**

HVV weitet Angebot aus und erhöht die Preise

HAMBURG Zum Fahrplanwechsel am 13. Dezember erweitert der HVV erneut sein Angebot für Bus- und Bahnfahrten in Hamburg und dem Umland. Es gebe rund 200 Veränderungen des Verkehrsangebots, wie der Hamburger Verkehrsverbund und die Verkehrsbehörde gestern mitteilten. Wie bereits angekündigt sollen die Fahrpreise im neuen Jahr um durchschnittlich 1,4 Prozent steigen. **Seite 11**

Seitenblick

Wenn die Geburt für die Frau zum Trauma wird

Eine Geburt ist in jeder Hinsicht eine Ausnahmesituation. Emotional wie körperlich. Darum sollten Mutter und Kind hierbei auch das Tempo angeben. Das aber passt immer weniger in den hoch effizienten Kli-

SCHLESWIG-HOLSTEIN



FRANK HOFFMANN
IMMOBILIEN

GUTSCHEIN

KOSTENFREIE WERTERMITTLUNG
IHRER IMMOBILIE



Wetter



2° - 4°

Glättegefahr

Anfangs viele Wolken. Sie bringen örtlich gefrierenden Regen – und Glätte. Später lockert es gebietsweise auf.

Lokales

So verteidigt der Landrat sein Vorgehen

Einen Tag später aus dem Amt: Oliver Stolz tritt der Kritik entgegen und betont, dass es keine persönliche Vorteilsnahme gebe

Von Philipp Dickersbach

KREIS PINNEBERG/KIEL Es dürfte hoch hergegangen sein, während der Sitzung des Ältestenrats am Mittwochnachmittag. Eigentlich handelt es sich dabei um ein relativ unscheinbares Gremium, dessen Aufgabe es ist, die Sitzungen des Kreistags vorzubereiten und den Kreispräsidenten zu beraten. Doch dieses Mal wurde die angesetzte Sitzungsdauer um eine halbe Stunde überschritten, wie aus Teilnehmerkreisen zu erfahren war. Der Grund: Landrat Oliver Stolz (parteilos). Der sorgt mit seinem Antrag, nicht wie geplant mit Ablauf des 31. Dezember aus dem Beamtenverhältnis auszuscheiden, sondern erst 24 Stunden später, weiterhin für Kopfschütteln. Während für den Bund der Steuerzahler sowie etliche Kreispolitiker sowie Verwaltungsmitarbeiter klar zu sein scheint, was dahinter steckt, hielt sich der scheidende Landrat gestern zunächst weiterhin bedeckt. Das änderte sich jedoch am frühen Abend.

Im Gespräch mit unserer Zeitung versuchte Stolz, die Hintergründe seines Vorhabens zu erläutern. Er habe den Vertrag mit dem Sparkassen- und Giroverband mit Beginn zum 2. Januar geschlossen. „Mein Interesse war, bei einem

Dienstantritt beim Verband am 2. Januar 2021 auch am 1. Januar nicht unversorgt zu sein, denn sonst wäre ich beispielsweise im Falle eines Unfalls überhaupt nicht abgesichert.“ Auf Rückfrage, warum dann der Übergang vom Beamtentum in die freie Wirtschaft nicht einfach mit dem Silvesterfeuerwerk erfolge, ließ der scheidende Landrat durch die Blume erkennen, dass er mit dem Vorgehen seine Versorgung optimieren wolle. Zitieren ließ er sich schließlich mit: „Wir wenden das Gesetz zum Erhalt der Versorgung an.“

„Das ist dem Steuerzahler nicht zu vermitteln.“

Rainer Kersten
Bund der Steuerzahler

In einer gestern Nachmittag über den Sparkassen- und Giroverband verbreiteten Pressemitteilung hatte Stolz erläutert, es sehe so aus, als käme es durch die eintägige Verlängerung der Amtszeit zu einer Steigerung seiner Versorgungsbezüge. Tatsächlich werde ein Altersgeldanspruch aber durch eine entsprechende Verringerung der Versorgungsbezüge als Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes



Dank für die vergangenen zehn Jahre: Kreispräsident Helmuth Ahrens (CDU, links) verabschiedete am Mittwoch den scheidenden Landrat Oliver Stolz während der Kreistagssitzung offiziell. FOTO: FIN

vollumfänglich ausgeglichen. „Ich bedauere, dass in der Öffentlichkeit dieser Eindruck entstanden ist.“ Ausdrücklich verwahrt sich Stolz in der Mitteilung gegen Vorwürfe einer persönlichen Vorteilsnahme, bezeichnet diese als böswillige Unterstellung.

Im nachfolgenden Gespräch mit unserer Zeitung betonte Stolz schließlich: „In mehr als 35 Jahren als Beamter sind für mich Beiträge in die Solidargemeinschaft eingezahlt worden, deswegen ist es auch richtig, dass die Gesetzesituation dies nun berücksichtigt. Das

Gesetz ist nämlich gerade nicht nur für junge Beamte gedacht, sondern auch für Ältere, denen der Wechsel damit ermöglicht werden soll.“ Der Landrat stellte zudem die Frage, was gewesen wäre, wenn er zum Ende seiner regulären Amtszeit vom Kreistag nicht wiedergewählt worden wäre. Stolz war von der Pinneberger Kreispolitik 2010 erstmals und 2016 erneut gewählt worden. Seine Amtszeit hätte noch bis 2022 gedauert. „In 1,5 Jahren, zum Ende meiner Amtszeit, hätte ich in Pension gehen können. Das war nie mein Ziel,

denn das hätte ich als Belastung des Steuerzahlers gesehen.“

Rainer Kersten, Geschäftsführer beim Bund der Steuerzahler in Kiel, sieht das anders. Dabei nimmt er neben Stolz auch das Gesetz, mit dem am 1. Januar das Altersgeld eingeführt wird, ins Visier. Es soll langjährigen Beamten den Wechsel in die Privatwirtschaft attraktiver machen. Bislang mussten die dann ehemaligen Beamten in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert werden. Nun gibt es künftig Wahlfreiheit:

Nachversichern oder das Altersgeld. Damit würde sich Stolz sozusagen die Pensionsansprüche aus seiner bisherigen Dienstzeit sichern. Und diese Ansprüche sind laut Kersten in der Regel höher als im Fall einer Nachversicherung in der gesetzlichen Rente.

Das Altersgeld bezeichnet Kersten als Ausscheidprämie. Sie betreffe in der Regel lediglich hoch-qualifizierte Spitzenkräfte. Dienstanfänger oder Durchschnittsbeamte würden nicht profitieren. Vielmehr würden die Spitzenkräfte bei einem Wechsel in die besser bezahlte Privatwirtschaft zusätzlich belohnt werden. Kersten betont: „Das ist dem Steuerzahler nicht zu vermitteln.“ Es sei geradezu widersinnig und absurd, dass man den Spitzenbeamten mit dem Altersgeld den Ausstieg versüße. Kersten betont: „Wir brauchen Beamte mit hoher Qualifikation und Berufserfahrung.“ Entsprechend habe sich der Steuerzahlerbund im Rahmen des üblichen Anhörungsverfahrens gegen das Gesetzesvorhaben ausgesprochen.

Geändert hat das freilich nichts. Der Landtag hat grünes Licht gegeben, und so dürfte Stolz als einer der ersten schleswig-holsteinischen Beamten von der Gesetzesänderung profitieren.

LESERGEWINNSPIEL 20. SPIELTAG

Kreuz und quer: 2 Mal gewinnen!

Vom 12. November bis 9. Dezember: Täglich mitmachen und gewinnen!

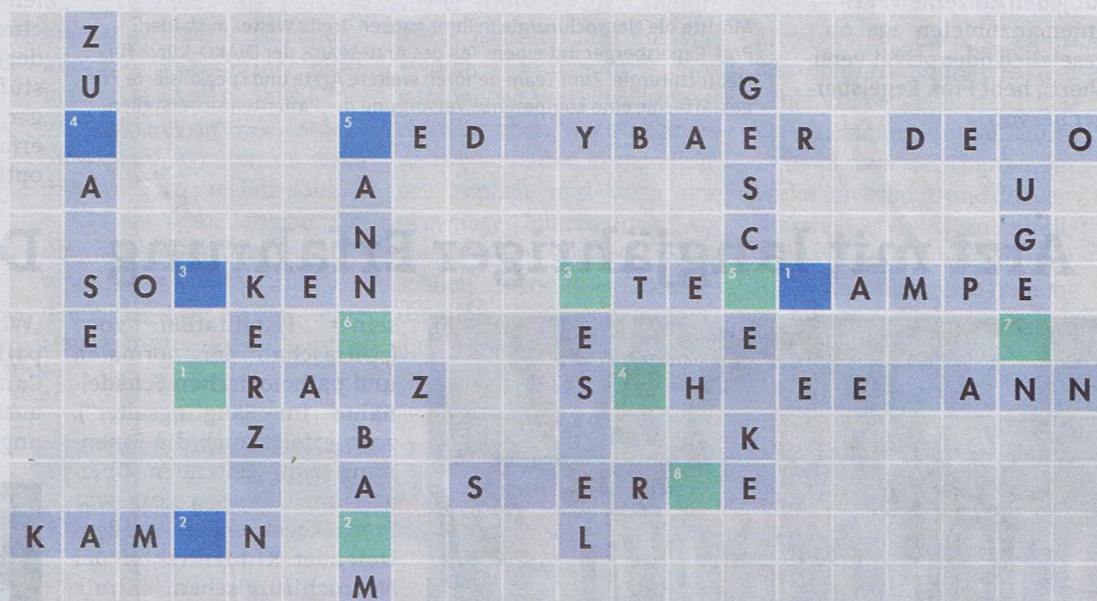
Schauen Sie sich das Bild genau an, entschlüsseln Sie das Kreuzworträtsel

und sichern Sie sich täglich die Chance auf zwei Gewinne von je 1.000 €!



Mindestalter 18 Jahre. Der/die Gewinner/in wird unter den Teilnehmern ausgelost und am Folgetag zwischen 9 Uhr und 11 Uhr telefonisch benachrichtigt. Der/die Freitags- und Samstagsgewinner/in wird am darauffolgenden Montag benachrichtigt. Sollten wir Sie nicht erreichen können, wird direkt der/die nächste Gewinner/in ausgelost. Der Gewinn wird schnellstmöglich auf das von Ihnen gewünschte Bankkonto überwiesen. Der/die Gewinner/in erklärt sich damit einverstanden, mit Namen und Foto in den Tageszeitungen des Verbundes von shz das medienhaus, medienhaus:nord und Neue Osnabrücker Zeitung veröffentlicht zu werden. Mitarbeiter/innen des Verbundes von shz das medienhaus, medienhaus:nord, der NOZ und den mit der NOZ verbundenen Unternehmen sowie deren Angehörigen sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Aktionszeitraum vom 12. November bis 9. Dezember 2020. Die ausführlichen Datenschutzhinweise finden Sie unter: www.shz.de/datenschutzhinweise

Gleich mitmachen:



GEWINN-HOTLINE
FÜR LÖSUNGSWORT 1

1 2 3 4 5

GEWINN-HOTLINE
FÜR LÖSUNGSWORT 2

1 2 3 4 5 6 7 8

Telemidia interactive GmbH; 0,50 Euro pro Anruf aus dem dt. Festnetz, Mobilfunk teurer. Datenschutzinformation unter: datenschutz.tmia.de - Teilnahmeschluss ist immer um 23:59:59 Uhr des jeweiligen Spieltags. Teilnahmeberechtigt sind Leser/innen der Tageszeitungen des Verbundes von shz das medienhaus, medienhaus:nord und Neue Osnabrücker Zeitung.